

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Verrechnungsmethode: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.75, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 4.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 11.25 ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postcheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. — **Gemeindeverbandsbank:** Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Grundzeile (Zm. M. 14) oder deren Raum 120 Hg., örtliche Anzeigen 80 Hg. Im Feuilleton (Zm. M. 14) 200 Hg., die 4-spaltige Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Unbillige Anzeigen die 4-spaltige Zeile 150 Hg. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird kein Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 191.

Mittwoch, den 17. August 1921.

75. Jahrgang.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise.

Nach den Indizes der „Frankfurter Zeitung“ vom 6. August betrug im Großhandel der Index für die Gruppe der Lebens- und Genussmittel am 8. Januar d. J. 154, am 2. Juli 144,5 am 6. August 203. Dieses plötzliche Emporschnellen ist nun aber, wie auch die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt, zum großen Teil nur scheinbar, denn bis zum 2. Juli wurden bei der Berechnung bezüglich des Getreides nur die Zwangswirtschaftspreise berücksichtigt, während am 6. August die Notierungen des seit Mitte Juli wieder freien Getreidehandels zugrunde gelegt wurden. Die Zwangswirtschaftspreise standen aber zum großen Teil lediglich auf dem Papier. Nur wenn früher auch die Schleihhandelspreise bei der Festlegung des Index in Rücksicht gezogen wären, würde der Unterschied zwischen dem 2. Juli und dem 6. August die tatsächlichen Verhältnisse zum Ausdruck bringen. Immerhin war er größer als die in den vergangenen Monaten verzeichneten Differenzen, weil in den letzten Wochen im Großhandel eine Preissteigerung der Lebensmittel stattgefunden hat. Diese hat verschiedene Ursachen, welche teils durch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Inlandes, teils durch die Verschlechterung unserer Valuta bedingt sind.

Seit die Getreidezwangswirtschaft durch die Umlage erlegt ist, besteht für das umlagerte Getreide keine Preisbindung mehr. Für das auch weiterhin auf Warten zu liegende Brot sind Preise festgesetzt, die während des ganzen Wirtschaftsjahres 1921/22 unverändert bleiben. Der Preis für das marktfreie Brot hingegen wird durch den Weltmarkt des inländischen freien Getreides hängt von dem Weltmarkt ab, wobei übrigens zu bemerken ist, daß die gegenwärtige teilweise über den Weltmarktpreis hinausgehende Preissteigerung des freien Getreides nach Urteil aller Sachverständigen nur eine vorübergehende, den Konsumenten kaum betreffende Erscheinung sein wird. Um nun auch jeder unläuterer Preisbildung des marktfreies Brot einen Riegel vorzuschieben, wird von verschiedenen Seiten die Festsetzung eines Richtpreises gefordert; nach den jetzigen Vorschlägen der Berliner Bäckervereinigung soll dieser 7 $\frac{1}{2}$ für 1400 Gr. Brot betragen. Aus allem ergibt sich, daß eine ungebührliche Steigerung des Brotpreises nicht zu erwarten ist; die Erhöhungen, die stattfinden, sind unbedingt notwendig, da das Reich nicht fortlaufend derart hohe Verbilligungszuschüsse wie in den letzten Jahren gewähren kann.

Die Abhängigkeit des Preises für marktfreies Brot vom Weltmarktpreis bringt es mit sich, daß die durch die Dürre hervorgerufene Verschlechterung der Getreideernte in gewissen Reichsteilen für den Konsumenten als solchen kaum fühlbar wird; darunter hat vielmehr in erster Linie der betreffende Landwirt, sowie infolge der Notwendigkeit eines größeren Importes auch die Volkswirtschaft als Ganzes zu leiden. Anders liegt es bei den Kartoffeln, da Deutschland hier fast ausschließlich auf die eigene Produktion angewiesen ist. Es läßt sich zwar nicht klar übersehen, ob die letzten Regenfälle den durch die Hitzeperiode schwer geschädigten Kartoffeln noch zugute kommen konnten — immerhin ist sicher, daß die Ernte unter dem Durchschnitt bleibt, und es ist daher möglich, daß Preissteigerungen eintreten.

Am meisten ist die Preisbildung tierischer Erzeugnisse durch die Dürre beeinflusst. Der Futtermangel hat zu einer starken Verminderung der Milchproduktion und daher zu einer Preissteigerung — naturgemäß auch für Butter — geführt; er hat ferner einen vermehrten Auftrieb von Vieh zu den Schlachthöfen und eine Preissteigerung im Gefolge gehabt. Daß von letzterer der Konsument so wenig gemerkt hat, liegt an der Beharrungstendenz im Kleinhandel. Es ist nun infolge des frühzeitigen Abstoßens des Viehes seitens der Landwirte selbst bei günstiger Witterung und gutem Futterwuchs mit einem verminderten Auftrieb im Herbst und daher mit einer Preissteigerung im Großhandel zu rechnen; ungerechtfertigt wäre es aber, wenn dann auch die Schlächter sofort eine Preissteigerung vornähmen, dies wäre erst zu verantworten, wenn die Großhandelspreise über den Stand vom Juni hinausgehen. — Die zukünftige Preisgestaltung der Butter aber, die auch auf dem Weltmarkt eine große Rolle spielt, hängt in hohem Maße von der Entwicklung unserer Valuta ab; auf keinen Fall steigt der Preis über den auf dem Weltmarkt.

Hinsichtlich des Zuckerpreises, der unter normalen Verhältnissen stark von dem Weltmarkt bestimmt wird, soll durch besondere Maßnahmen (Beschränkung der Ausfuhr)

einer durch Sinken unserer Valuta hervorgerufenen Steigerung vorgebeugt werden. Nur die Preisbildung derjenigen Produkte, die aus dem Ausland stammen (Reis, Kaffee, Tee usw.) oder aus importierten Rohstoffen hergestellt werden (Margarine), hängt wesentlich von der deutschen Valuta ab, wie die in den letzten Wochen stattgehabte Preissteigerung zeigt hat.

Die Forderungen der Gewerkschaftsverbände

Nachdem die Verhandlungen der drei großen gewerkschaftlichen Spitzenverbände mit dem Deutschen Beamtenbund über die Durchführung einer einheitlichen Aktion für die Erhöhung der Gehalts- und Lohnbezüge der Reichs- und Staatsarbeiter, Angestellten und Beamten gescheitert sind, haben die drei Gewerkschaftsverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsrat der Reichsfinanzverwaltung folgende Forderungen überreicht:

1. Für Arbeiter: Gewährung einer Ausgleichszulage vom beweglichen Teuerungszuschlag in Ortsklasse B 10 $\frac{1}{2}$, C 20 $\frac{1}{2}$, D 30 $\frac{1}{2}$ und F 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Die Gewährung einer weiteren allgemeinen Teuerungszulage in sämtlichen Ortsklassen in Höhe von 1,50 Mark pro Stunde und entsprechende Zulagen für weibliche Arbeiter und Lehrlinge. Erhöhung der Kinderzuschläge um 150 Prozent. Bereitstellung entsprechender Mittel zwecks Erhöhung der Bezüge der Rentenempfänger.

2. Für Beamte: Angleichung der Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag an die Sätze der Ortsklassen. Gewährung einer gleichmäßig pensionsfähigen Teuerungszulage von 3600 Mark an alle Beamten einschließlich der Witwen und Pensionäre. Angleichung des Teuerungszuschlages zu den Kinderzulagen an die Sätze der Ortsklasse A.

3. Die neuen Teuerungszuschläge für alle Arbeiter und Beamten sind rückwirkend ab 1. Juli 1921 zu zahlen. Zu dem Bericht über die Verhandlungen zwischen den Arbeitergewerkschaften und dem Deutschen Beamtenbund, die angeblich wegen der Höhe der von den Beamtenvertretern vorgeschlagenen Gehaltsforderungen gescheitert sind, teilt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit: Damit aus diesen Mitteilungen keine falschen Schlüsse gezogen werden, müssen wir erklären, daß eine Vertretung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den erwähnten Verhandlungen nicht beteiligt war und daß zu der Höhe der notwendigen Forderungen überhaupt noch keine endgültige Stellung genommen hat.

Der Landesverband Sachsen der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hielt am 13. und 14. August in Dresden in Anwesenheit der Bezirksvorsitzenden eine erweiterte Vorstandssitzung ab, die Stellung zu der neuen Teuerungswelle und ihre Wirkung für Beamte und Staatsarbeiter nahm. Das gemeinsame Vorgehen der Eisenbahnerverbände und der Spitzenorganisationen (Allgemeiner Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsrat) wurde begrüßt und den am Sonnabend der Reichsregierung überreichten Forderungen zugestimmt. Allgemein wurde bedauert, daß der Deutsche Beamtenbund einschließlich Reichsgewerkschaft ein gemeinsames Vorgehen unmöglich gemacht hat durch seine übertriebenen Forderungen.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 15. August. (B. L. B.) Nach den hier vorliegenden Nachrichten ist zur Stunde in Oberschlesien alles ruhig trotz des großen Gefühls der Enttäuschung, das die hinauschiebung der Entscheidung über Oberschlesien in der gesamten Bevölkerung hervorgerufen hat. Bis zum 8. August war allerdings die Gefahr eines neuen polnischen Aufstandes sehr groß. Der für diesen Tag als Einleitung der neuen Aktion geplante Generalaufmarsch ist jedoch vor allem an der Kampfmüdigkeit der polnischen Bevölkerung gescheitert. Die Gefahr eines neuen Aufstandes liegt also weniger bei der Masse der polnischgesinnten Oberschlesier als vielmehr bei den noch amtierenden polnischen Aufstandsbehörden, die angeblich nur Verhandlungszwecken dienen sollen. In Wirklichkeit zielt aber ihre Tätigkeit dahin, durch lokale Zwischenfälle die deutsche Bevölkerung zu provozieren und sie zu Unbesonnenheiten zu verleiten. Deutscherseits hat man aber die Absichten der polnischen Aufstandsbehörden durchschaut. Alle deutschen Stellen sind bemüht, die Bevölkerung zur Ruhe zu ermahnen, damit derartige polnische Pläne zum Scheitern kommen. Zur

Beruhigung der Bevölkerung werde auch beitragen, daß die deutsche Regierung von morgen ab die Erwerbslostenförförge in Oberschlesien in Kraft setzt. Die deutsche Regierung tut also alles, um die obereschlesische Bevölkerung ruhig zu halten.

Ein Aufruf der Reichsregierung

Berlin, 15. August. (B. L. B.) Der Reichspräsident und die Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf:

Die Entscheidung über Oberschlesien ist wider Erwarten nicht gefallen. Der Spruch ist verurteilt worden. Die Leidenschaft des obereschlesischen Volkes hat ihr Ende noch nicht gefunden. Es gilt, in zäher Ausdauer weiter auszuharren. Oberschlesien! Unsere Sache ist gerecht, die Berechtigung wird und muß siegen, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung haben soll. Ihr habt Euch mit überwältigender Mehrheit für Deutschland ausgesprochen, Euer und des Reiches Wohlergehen hängt davon ab, daß Oberschlesien beim Reich verbleibt.

Oberschlesien! Ihr habt bisher, trotz schwerster Herausforderungen, musterhafte Ruhe und Ordnung bewahrt. Die berechtigte Abwehr der Gewalttaten polnischer Injurgen hat Euch die Welt nicht verargt. Bewahrt auch weiterhin die Selbstacht, die Euch bisher ausgezeichnet hat. Laßt die ruhige Überlegenheit nicht schwinden und laßt Euch durch nichts zu unüberlegten Handlungen verleiten, die Eurer gerechten Sache nur Schaden bringen wird.

Mit Euch hofft das ganze deutsche Volk, daß der Tag nicht fern ist, an dem die Schranken zwischen Euch und dem Vaterlande wieder fallen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Deutschland, dem es seit sieben Jahrhunderten angehört hat, Anerkennung findet zum Besten Oberschlesiens, des Deutschen Reiches, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas und des Friedens der Welt. Der Reichspräsident. Die Reichsregierung. Dr. Wirth.

Besprechungen in Berlin

Berlin, 15. August. (B. L. B.) Der Reichsfinanzminister hatte heute Montag vormittag eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Stresemann. Am Nachmittag hat sich das Reichskabinett mit der obereschlesischen Frage beschäftigt. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, wollten der Reichsfinanzminister und der Reichsminister des Auswärtigen im Auswärtigen Ausschuss einen ausführlichen Bericht über die gesamte außenpolitische Lage und über den Stand der obereschlesischen Frage erstatten. Der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses sollen Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Parteiführern vorausgehen, zu denen die Einladungen bereits ergangen sind. An eine vorzeitige Einberufung des Reichstages wird infolge des Beschlusses des Obersten Rates, die obereschlesische Frage dem Völkerverbund zu unterbreiten, nicht gedacht.

Polnische Banditen.

Beuthen, 15. August. (Drahtber.) Gestern abend gegen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr wurde eine vor dem Waldplatze in Dombrova auf die Straßenbahn wartende etwa 100köpfige Menschenmenge von etwa 30 bis 40 Banditen umzingelt, mit Stöcken geschlagen und mit Waffen bedroht. Mehrere Männer und Frauen wurden durch Stockschläge blutig verletzt. Ein Kaufmann aus Beuthen wurde mit einem Gummihammer derart geschlagen, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Als Polizeibeamte herbeieilten, ergriffen die Banditen die Flucht und entkamen unerkannt.

Heute abend gegen 6 Uhr versuchten Injurgen, unterstützt von Mannschaften der Gemeindevache Hohenlinde einen Vorstoß gegen die Stadt Beuthen, wobei zwei Deutsche verwundet wurden, darunter einer sehr schwer. Den Apotheke gelang es, 6 Injurgen zu ermitteln und zu verhaften. Sie wurden unter starker Bedeckung nach Beuthen abgeführt.

Berlin, 16. August. (Drahtber.) Wie die Blätter melden, versuchten größere polnische Banden von jenseits der Grenze in der Nähe von Myslowitz in Oberschlesien einzudringen. Befehlsgruppen und Apotheke stellten sich ihnen entgegen. Nach kurzem Feuergefecht zog sich die Bande wieder über die Grenze zurück. Von dorther eröffnete sie eine lebhafteste Schießerei auf die obereschlesischen Ortschaften längs der Grenze.

Im Kreise Rosenbergs wurde, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, gegen den Kraftwagen des wegen seiner Unparteilichkeit

bei in allen Sommerferien nach Böden bes eigenem

2 Doppelbeleg für 6,7 Doppelbeleg, pro Spalte

für 1,7 für Sonntag, in den Beilagen von

Die Rolle in der Blumenzeit.

wertigen Gattungen auszuwählen, Schönheitsgefühl zu

treiben und die durch die Blumenzeit zu

unbedingt nötig, daß jeder einzelne Blumenliebhaber

zurückzuführen ist, wenn man sich

Schritt von dem auf die geistliche Seite des

und bes kommt dem Vorgesetzten

zurückzuführen ist, wenn man sich

Schritt von dem auf die geistliche Seite des

und bes kommt dem Vorgesetzten

zurückzuführen ist, wenn man sich

Schritt von dem auf die geistliche Seite des

und bes kommt dem Vorgesetzten

zurückzuführen ist, wenn man sich

Schritt von dem auf die geistliche Seite des

und bes kommt dem Vorgesetzten

zurückzuführen ist, wenn man sich

Schritt von dem auf die geistliche Seite des

und bes kommt dem Vorgesetzten

zurückzuführen ist, wenn man sich

Schritt von dem auf die geistliche Seite des

und bes kommt dem Vorgesetzten

zurückzuführen ist, wenn man sich

Schritt von dem auf die geistliche Seite des